

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Begins-Gebühr
vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zustrahlung (Sonntag und Feiertage) nur einmal 2,50 Mk., durchauswärtige Abonnenten bis 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustrahlung durch die Post 3 Mk. (ohne Postgeb.).
W. S. L. A. S. D.: C. F. Lipsch & Reichardt, Dresden, Schreyb. 6, 10. Br. S. 7, 17. Postk. 7, 17. Preis: 10 Pf. — Zusendung nur mit deutscher Postsendung. — Preisänderung ohne Anzeigenschein. — Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif.
Einnahme von Anzeigen bis nachm. 3 Uhr. Sonntags nur Barzahlung 25 von 11 bis 12 Uhr. Die einseitige Zeile (etwa 8 Zeilen) 30 Pf., die zweiseitige Zeile auf 20 Pf. bis 12 Uhr, bis 12 Uhr 15 Pf., bis 12 Uhr 20 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden bis einseit. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen ermäßigter Tarif. — Auswärtige Beiträge nach gegen Barzahlung. — Jedes Blatt 10 Pf.

Diana-Bad Irisch-röm. Bad. **Bürgerwiese 22**
Einzig Anlage dieser Art, gleichmäßig ausstrahlende Wärme ohne Heizkörper, daher das empfehlenswerteste Schwitzbad.

Telegraph-Adresse: Nachrichten Dresden.
Genussprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Königsplatz 38/40.

Die „Dresdner Nachrichten“ bezieht man in **Meissen** links und rechts der Elbe **täglich 2 mal** morgens und abends durch **Kobischs Buchhandlung, Elbstr. 12.**

Cornpflaster zur gründlichen Beseitigung von **Hühneraugen, Hornhaut, Warzen usw.** 50 Pfennig. Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Photo-Apparate in allen Preislagen. Ausführlicher Einzelunterricht kostenlos. Königl. u. Prinzl. Hof.
Carl Plaul, Wallstr. 25.

Lederwaren - Reise-Artikel Weltgeheudste Auswahl in Gebrauch- und Luxus-Lederwaren. **Adolf Näter** Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26. Versand nach auswärts. — Katalog kostenlos.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Bitterung: Südwestwind, aufklarend, wärmer, trocken.
Die Novelle zum Reichsbeamtengesetz von 1907 ist nunmehr fertiggestellt.
Im Monat April wurden bei den 361 Sparkassen Sachsummen 39 769 887 Mk. ein- und 38 468 378 Mk. ausgezahlt.
Das Vermögensgesetz wird amtlich veröffentlicht.
Für die Angestelltenversicherung ist für das Reichsgebiet ein Obertribunalgericht mit dem Sitz in Berlin errichtet worden.
Der bekannte französische Publizist Marcel Sembat tritt für ein deutsch-französisches Bündnis ein.
In der Schweiz soll ein Flugzeuggeschwader geschaffen werden, das dem Armeekommando unterstellt wird.
An den englischen Flottenmanövern, die am 22. Juli beginnen, nehmen 344 Fahrzeuge mit über 80 000 Mann Befahrung teil.
Den Konferenzen in Bad Noll zwischen Kaiser Franz Joseph und dem Grafen Berchtold, sowie dem österreichischen Reichskriegsminister wird in Wien große Bedeutung beigelegt. Man spricht in Wien von bevorstehenden Entscheidungen von hoher Bedeutung.
Zwei türkische Kavallerie-Regimenter sind bereits bis Adrianopel vorgezogen.
In Petersburg wird der Wunsch Griechenlands erwogen, die neue Balkankonferenz nach Berlin einzuberufen.

Chinas innere und äußere Nöte.

Als durch kaiserliches Patent vom 5. Februar 1912 die „kaiserliche Republik China“ gebildet wurde und Yuan Shikai das Amt eines provisorischen Präsidenten der Republik übernahm, brach für das Reich der Mitte eine neue Ära an. Der Name Yuan Shikai schien für eine zukunftsreiche Entwicklung des Landes zu bürgen, und als am 4. April dieses Jahres nach mancherlei Schwierigkeiten das erste chinesische Parlament zusammentrat und vom Präsidenten mit einer feierlichen Botschaft begrüßt wurde, da wurde dieses wichtige Ereignis im chinesischen Verfassungsleben als der Beginn einer Morgenröte des himmlischen Reiches nicht nur im fernsten Osten, sondern auch im Abendlande gedeutet. Nur wenige Eingeweihte wußten, daß der republikanische Bau auf äußerst schwachen Füßen stand, und daß die inneren Schwierigkeiten, namentlich die Zwistigkeiten zwischen dem mehr konservativ gerichteten Norden und dem liberal-radikal gesinnten Süden nur vorläufig und künstlich überbrückt waren. Der Haß der Parteien gegeneinander hat in dem verflochtenen Zwischenraum keineswegs ab-, sondern eher zugenommen, und dieser Haß ist von gewisser Seite, wovon weiter unten die Rede sein soll, bis zur Erbitterung gesteigert worden. In den letzten Tagen ist nun, wie aus den neuesten Depeschen ersichtlich, der nationale Zwiespalt in einen regelrechten Aufbruch ausgeartet. Die Südstaaten, die seit dem Sturz der Monarchie ein lebhaftes Unabhängigkeitsgefühl an den Tag legen, haben die Fahne der Empörung gegen Yuan Shikai entfaltet und wollen sich unter Führung des früheren Gouverneurs Lien-Chun-Huens, der ein erbitterter Feind Yuan Shikais ist, und von Sunjatsien, dem alten republikanischen Führer, unterstützt wird, zu einem Bundesstaat des Südens zusammenschließen. Wenn auch die Nachrichten aus Shanghai mit Vorsicht aufzunehmen sind, so kann man doch annehmen, daß die europäische Welt in der Hauptsache richtig berichtet ist. Nunmehr ist mit der Unabhängigkeitserklärung bereits vorangegangen, und die anderen Städte und Provinzen südlich des Yangtsi wollen, nach Berichten aus japanischer Quelle, folgen. Die fremden Niederlassungen, auch die deutsche in Hankow, sind bereits in Mitleidenschaft gezogen und bedroht.
Noch ist die Zentralregierung in Peking der meisten Truppen im Yangtsi-Tale und der chinesischen Flotte im Süden sicher. Wie lange aber Yuan Shikai noch auf diese Teile der bewaffneten Macht mit Sicherheit rechnen kann, ist eine große Frage. Schon richtet man sich in der Reichshauptstadt auf langwierige und verlustreiche Kämpfe ein — nach einigen Meldungen, die sich aber nicht mit Sicher-

heit nachkontrollieren lassen, ist es bereits zu Kämpfen zwischen Nord- und Südruppen gekommen —, und Yuan Shikai scheint diesmal entschlossen, nicht nachzugeben, sondern die revolutionäre Bewegung im Süden, die bei einem Gewährenlassen wahrscheinlich den Auseinanderfall der beiden Hälften, die vollständige Trennung des Südens vom Norden zur Folge haben würde, rücksichtslos zu unterdrücken. Und in der Tat ist Yuan Shikai der einzige Mann, der genügend Autorität besitzt, um die beiden auseinander strebenden Reichshälften zusammenzuhalten. China hat keinen anderen Staatsmann, der imstande wäre, die Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten und das Reich über die Verfassungsschwierigkeiten hinweg zu konsolidieren. Die doktrinären Verfassungstreiter des Südens, voran der Theoretiker Sunjatsien, haben ihre staatsmännliche Unfähigkeit zur Genüge bewiesen. Ihnen allein ist es zu danken, wenn der gefährliche Uebergangszustand, in dem sich China seit der Revolution befindet, immer noch nicht beseitigt, wenn die Verfassung noch nicht normiert und fixiert und ein endgültiger Präsident nicht bestellt ist. Solange die Stellung des Präsidenten nicht rechtlich festgelegt ist, seine verfassungsmäßigen Befugnisse in der Luft schweben und ihm die Möglichkeit genommen ist, das Parlament aufzulösen und störende Verpfichtungen mit fremden Mächten, namentlich auch finanzielle, einzugehen, werden voraussichtlich die inneren Wirren fortandauern, werden Unruhen auf der Tagesordnung bleiben.
Die verworrenen Parteiverhältnisse im Parlament haben den dunklen Machenschaften der Partei des Südens, der Kuomintang-Partei, Vorschub geleistet. Zur Zeit der Eröffnung waren in dem Parlament wohl ein Duzend Parteien vertreten, deren Programme vielfach völlig übereinstimmten, die aber durch die ehrsüchtigen Behauptungen ihrer Führer auseinandergehalten wurden. Die fraktionsintrigen und persönlichen Interessen verhinderten ein geordnetes Zusammenarbeiten. Der Zwang der Verhältnisse ließ endlich drei geschlossene Gruppen hervortreten. Der radikale Süden fand sich in der Kuomintang-Partei zusammen, die Mittelschichten in den Sunjatsien, und der konservative Norden in den Kungshotang. Die Mintschutang, eine gleichfalls gemäßigte Partei von geringerer Bedeutung, suchte Anlehnung an die Kungshotang. In neuerer Zeit sind die Radikalen und die Konservativen am meisten hervorgetreten und haben dem Parlament das Gepräge aufgedrückt. Im Oberhaus nimmt die Kuomintang-Partei vorläufig noch die ausschlaggebende Stellung ein, während im Abgeordnetenhaus die drei gemäßigten Parteien unter Führung der Kungshotang die Mehrheit errungen haben. Der Einfluß der Radikalen ist zusehends zurückgegangen im Unterhaus und auch außerhalb des Parlamentes. Die früheren Umstürzler sehen sich um ihre Hoffnung, daß die Regierungsmehrheit radikal werden und aus dem allgemeinen Gärungsprozess eine radikale Herrschaft sich entwickeln würde, betrogen. Sie wollen aber den Verlust der Macht nicht ohne weiteres tragen, und daher greifen sie zu gewaltsameren Mitteln, um ihre Herrschaft zu behaupten, zu Aufruhr und Empörung. Die zentralistische Richtung des Präsidenten Yuan Shikai ist ihnen ein Greuel, sie wollen keine starke Zentralgewalt, keinen mit großen Machtbefugnissen ausgerüsteten Präsidenten. Ihr Heil ist

die Dezentralisation. Was sie auf parlamentarischem Wege nicht erreicht haben, soll nun der Bürgerkrieg ihnen bringen.
Wie in der ersten Revolution, trönten die Rebellen auch diesmal bewaffnete Scharen zu, die nach abenteuerlichem Leben Verlangen tragen. Auch entlassene Soldaten finden sich in großer Zahl ein. Es ist anzunehmen, daß Yuan Shikai mit Hilfe der frisch organisierten Truppen des Nordens der auführerischen Bewegung bald Herr werden wird. Bedenken müssen die Gerüchte erregen, daß japanische Offiziere sich unter den Rebellen befinden und die Bewegung führen. Selbst wenn man annimmt, daß die japanische Regierung diesem Treiben fernsteht, ist es doch nicht unwahrscheinlich, daß japanische Offiziere, zum mindesten mit Tuldung ihrer Regierung, daran arbeiten, die Gegensätze zwischen der nördlichen und der südlichen Reichshälfte Chinas zu erweitern und dadurch die Trennung des Reiches in zwei Teile zu beschleunigen. Denn Japan, das seit langem die Erstarkung Chinas mit eifersüchtigen Mienen verfolgt, würde eine dauernde Schwächung Chinas zweifellos willkommen sein. Das Gefühl für die Gemeinamkeit der Interessen der gelben Rasse ist in Japan immer nur solange vorhanden, als die augenblickliche politische Lage es erfordert. Die russische Gefahr ist wieder einmal vergessen und der Gedanke an einen asiatischen Dreieck der Vergessenheit anheimgefallen. Die chinesische Beute ist zu verlockend; daher hoffen die japanischen Staatsmänner Chinas tüchtigen Präsidenten Yuan Shikai, dessen staatsmännliche Fähigkeit und Autorität allein den Aufstieg Chinas gewährleisten.
Aber damit sind die Bedrängnisse Chinas nicht erschöpft. Noch ein anderer Gegner bedroht seine Selbstständigkeit. Rußland, das ebenso wie Japan an dem allgemeinen Beutezuge teilnehmen möchte, Rußland hat, wie bekannt, seit langem ein Auge auf die Mongolei geworfen. Schon glaubte es, die Füßen der Mongolei und ihr Oberhaupt, den Dschinchi, vollkommen in seiner Hand zu haben, als plötzlich ein allgemeiner Abfall dieser Füßen von Rußland eintrat und eine erneute Hinneigung zu China sich geltend machte. Das Vordringen dieser veränderten Lage Rechnung und unterbreitete der chinesischen Regierung einen Vertrag, in welchem es die Mongolei ausdrücklich als chinesisches Gebiet anerkannt und auch sonst seine Ansprüche bedeutend ermäßigte. Yuan Shikai hatte einen offenkundigen, unblutigen Sieg davongetragen. Das chinesische Parlament war bereits im Begriff, den Vertrag zu ratifizieren, als die auführerische Bewegung im Süden Chinas ausbrach. Mit sicherem Instinkt hatte die moskowitzische Regierung diese Bewegung gewittert. Klug änderte sie ihre Haltung und verlangte neue Konzessionen von Peking. Der alte Vertrag sollte annulliert werden, China die Autonomie der äußeren Mongolei anerkennen und mit der mongolischen Regierung nur durch russische Vermittlung verkehren. Die Anerkennung dieser Bedingungen würde die Unterwerfung Chinas unter den Willen Rußlands und die Aufrichtung eines russischen Protektorats über die Mongolei bedeuten. Lediglich die Revolutionäre des Südens haben die Regierung in Peking in diese unangenehme Lage gebracht. Es wird von dem Verlaufe des Aufstandes abhängen, ob die chinesische Regierung das Schicksal der Mongolei noch abzuwenden vermag.

Eine Balkankonferenz in Berlin?

Die Petersburger Depesche nach Paris, wonach Oesterreich-Ungarn durch seinen Petersburger Botschafter erklären ließ, eine Vernichtung Bulgariens nicht dulden zu können, hat in allen europäischen Hauptstädten großes Aufsehen erregt, wie aus vorliegenden Nachrichten hervorgeht. Namentlich scheint man in Paris beunruhigt über die bündige Form der Erklärung. Eine Meldung aus Wien darüber liegt nicht vor; man ist somit im unklaren, ob die Nachricht in dieser Form der Wichtigkeit entspricht oder nicht. In Berlin wird erklärt, daß von einem solchen Schritt Oesterreichs nichts bekannt ist, doch scheint man in Paris über jene Note auf unterrichtet zu sein. Rußlands Politik auf Herbeiführung des Friedens wird erwieslich mehr und mehr als ein Schlag ins Wasser, und vor allem mehren sich die Stimmen, die Rußland gegenüber Bulgarien ein doppeltes Spiel vorwerfen. Von Interesse ist

eine Privatmeldung aus Paris, die darauf schließen läßt, daß man in der russischen Hauptstadt selbst die Unmöglichkeit einseht, die erregten Gemüter auf dem Balkan wieder zu beruhigen. Man will an der Neuaufnahme einer neuen Balkankonferenz nach Petersburg zu laden, und bringt Berlin in Vorschlag. Die Pariser Nachrichten lautet: Aus Petersburg wird nach Paris gemeldet, daß in der Umgehung des Ministers Sazonow versichert wird, der russischen Diplomatie sei an einem Zusammentritt der Konferenz in Petersburg keineswegs gelegen, man habe vielmehr den Vorschlag des Abulias Konstantin, eine Balkankonferenz nach Berlin einzuberufen, in ernsthafte Erwägung gezogen.
Ob dieser Plan sichere Gehalt annehmen wird, kann erst die Zukunft lehren. Zunächst gibt es noch wichtigere Fragen, die auf dem Balkan ihrer Lösung harren. Als bemerkenswert ist zu verzeichnen, daß man in Serbien